

Hilfe von oben

Kirche behält ihren Grund und stärkt Ausbaugegner

Als Erzbischof Reinhard Marx Anfang der Woche ankündigte, die Kirche werde keine Grundstücke für den Bau der dritten Startbahn am Flughafen verkaufen, dürften die Menschen in den Anrainergemeinden aufgeatmet haben: Hilfe von oben ist etwas, das die Betroffenen im Flughafenumland ganz gut gebrauchen können.

Wenn sich schon der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer derzeit nicht zu einer politischen Entscheidung gegen die Ausbaupläne des Airports im Erdinger Moos durchringen kann und weiter auf das ausstehende Bedarfsgutachten wartet, so gibt eine solch deutliche Aussage, wie sie nun aus dem Erzbischöflichen Ordinariat gekommen ist, den Startbahngegnern im Flughafenumland Hoffnung. „Genau das wollen wir“, sagt Ordinariatssprecher Bernhard Kellner. Er möchte die Entscheidung der Kirche zwar nicht als Votum „für oder gegen“ die dritte Piste verstanden wissen, in einem könnten sich die Menschen aber sicher sein: „Wir als Kirche nehmen ihre Sorgen und Befürchtungen ernst“ – und genau auf das wolle man im Planfeststellungsverfahren für den Flughafenausbau drängen, so Kellner. Es gehe um ein „transparentes Verfahren“, in dem die „grundlegenden Ängste der Menschen“ wahrgenommen würden.

Wie viele Grundstücke die Kirche im Bereich der geplanten dritten Startbahn besitzt, dazu wollte sich Kellner nicht

äußern, nur so viel: „Es sind umfangliche“, versicherte der Ordinariatssprecher, und zwar solche, „um die man nicht einfach herbauen kann“. Der fragliche Grund stammt nach Kellners Angaben aus der Zeit vor der Planung einer dritten Startbahn. Dass sich Reinhard Marx nun zu dem Schritt entschlossen hat, den Willen der betroffenen Kirchenstiftungen zu bündeln und das Nein der Pfarreien zu einer Veräußerung ihrer Grundstücke zu formulieren, ist einer Reihe von Kaufanfragen durch die Flughafen München Gesellschaft (FMG) geschuldet. Nach Anweisung des Ordinariats sollen die Kirchenstiftungen die Angebote am die Finanzkammer des Erzbistums München-Freising weiterleiten. Dort werden sich die Fachleute wohl auch kümmern, sollte es zu etwaigen Enteignungsverfahren kommen, um die dritte Startbahn bauen zu können.

Auch wenn Sprecher Kellner betont, man beschäftige sich derzeit nicht mit derartigen Szenarien, könnte das deutliche Nein der Kirche zum Grundstücksverkauf Folgen für den Fortgang der Kontroverse um den Bau der Startbahn haben – und eine Hoffnung der Bürger in der betroffenen Region nähren: Ob sich die von Christsozialen dominierte Staatsregierung am Ende traut, die Kirche per Gerichtsbeschluss um ihre Flächen zu bringen, mag kaum einer annehmen. Obschon der Flughafenausbau keine Glaubensfrage ist. *Sabine Wejsada*